

Kein Widerstand ist ohne Risiko

In Bonn trafen sich Richter und Staatsanwälte zu ihrem „1. Forum für den Frieden“

Die Bonner Bürger mögen nicht schlecht gestaunt haben, als am 4. 6. nicht nur die Arbeitslosen durch ihre Stadt zogen, sondern auch 450 Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Sie beendeten mit ihrem Zug von der Beethovenhalle zum Bottlerplatz, vorbei am Landgericht, ihr erstes „Forum für den Frieden“, mit dem sie sich gegen die geplante Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen und gegen den geplanten Aufbau einer Kriegsgerichtsbarkeit wandten. Damit haben erstmals auch Träger der Dritten Gewalt ihre Stimme gegen die Bedrohung durch die neuen Waffen erhoben.

Wie einer der Initiatoren, der Arbeitsrichter Hartmut Bäumer, hervorhob, fällt angesichts der geplanten Stationierung eine wirkliche Rechtsprechung im Namen des Volkes schwer — beispielsweise in Strafverfahren von Rüstungsgegnern, in denen es um die Blockade von militärischen Einrichtungen geht, oder bei Räumungsklagen von arbeitslosen Mietern, die die Miete nicht mehr zahlen können, wenn man dabei bedenkt, daß die Sozialleistungen gekürzt werden, die Rüstungsmittel jedoch nicht. Juristisch rein formale Urteile ohne Berücksichtigung dieser Hintergründe können der Kontroll- und friedensstiftenden Funktion der Rechtsprechung nicht gerecht werden. Da ist es wichtig, daß auch der Richter und Staatsanwalt in der Friedensbewegung arbeitet und solche Angeklagte gegen eine Kriminalisierung und gegen den törichten Vorwurf, aus Moskau gesteuert zu sein, in Schutz nimmt.

Mit den völker- und verfassungsrechtlichen Fragen der Stationierung befaßte sich der Bremer Hochschullehrer Wolfgang Däubler, u. a. bekannt durch sein rororo-Buch „Stationierung und Grundgesetz“. Seiner These nach verstößt die Stationierung gegen die Souveränität der Bundesrepublik, was auch nicht durch den Deutschlandvertrag (1955) gedeckt ist, da damals von Nuklearraketen nicht die Rede gewesen sei. Die Stationierungsfrage müsse vor das

Parlament und dürfe nicht einer Regierung und deutschen wie amerikanischen Generälen überlassen werden. Die betroffene Bevölkerung sei anzuhören. Wegen der Erhöhung der Kriegsgefahr sei das Friedensgebot des Grundgesetzes verletzt. Wer sich wehre, nehme das Grundrecht des Widerstandsrechtes wahr und sei ein wahrer Patriot. Auch Heinrich Böll sprach in seinem vor dem Forum verlesenen Grußwort vom „Wiederentdecken unseres Patriotismus“.

Däubler machte auf die herrschende Meinung der Rechtsprechung zur Definition der Gewalt aufmerksam, die zur Strafbarkeit auch gewaltfreier Blockaden militärischer Einrichtungen führe. Es müsse wieder zum klassischen Gewaltbegriff des Reichsgerichtes zurückgekehrt werden, der sich auf die physische Gewalt beschränkt habe. Auch sei bei der Prüfung der „Verwerflichkeit“ die Zweck-Mittel-Relation neu zu überdenken.

Der frühere Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch meinte dazu, jeder müsse wissen, daß Widerstand leisten mit Risiko verbunden sei. Es gehe aber nicht an, daß jemand wie der Bundesrichter Reken — der übrigens ein Grußtelegramm übersandt hatte — diskriminiert werde, weil er auf das Widerstandsrecht des Bundesbürgers und auf sein Recht der Verfassungsbeschwerde hingewiesen habe. Der Münsteraner Juraprofessor Küchenhoff war der An-

sicht, in solch einer elementaren Lebensfrage dürfe jeder Bürger sein eigener Richter sein.

Die Hamburger Theologieprofessorin Dorothee Sölle hatte Bedenken, daß die bisherigen Formen des gewaltfreien Widerstandes angesichts des „größten Verbrechens nach Nürnberg“ und der deutschen „Nuklearsklaverei“ noch ausreichten. Der „Nuklearpazifismus“ sei das einzig Sinnvolle und moralisch Mögliche. Man müsse Respekt vor der Gerechtigkeit haben und nicht allein vor dem Gesetz.

Für besonders gefährlich und grundgesetzwidrig hielt der Hildesheimer Amtsrichter Vultejus, Träger des Fritz-Bauer-Preises der Humanistischen Union, die seit 1962 ohne Beteiligung des Bundestages entwickelten geheimen Pläne zum Aufbau einer Wehrgerichtsbarkeit, an deren Vorbereitung sich bisher 800 Richter, Staatsanwälte und Beamte in gleichfalls geheimen Planspielen beteiligt haben. Schon wegen ihres Eides dürften sie an solchen Kriegsvorbereitungen nicht länger teilnehmen. Vultejus kündigte an, er werde die brisanten Unterlagen im Herbst der Öffentlichkeit vorlegen.

In ihrer Resolution an alle Bundestagsabgeordneten nahmen die Richter und Staatsanwälte ihre Bedenken auf und forderten die Nichtstationierung, damit endlich „Abrüstung in Ost und West möglich wird“, sowie den Abbruch der Planungen für eine Kriegsgerichtsbarkeit.

Dieses Forum, das im Herbst während der Friedenswochen fortgesetzt werden soll, macht Mut. Hoffentlich singen dann die Richterinnen und Richter, Mitglieder des „Hamburger Sängerkhaufens“, wieder ihre Friedenslieder.

K. J.